

Bezugspreis:
Monatlich 95 Pfg., vierteljährlich 2,85 Mk.
für ins Haus. Bei der Post abgeholt 90 Pfg.
und Mk. 2,70, durch den Briefträger
Mk. 1,04 und Mk. 3,12.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Hessischer Landweil.
Sonnenschein- und Witterungs-
Ergebnisse täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Maffauer Botte

Verantwortlich: Dr. Albert Steber. — Notationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H. : J. Becker, Director, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die stehende Spalte eine oder deren Raum
20 Pfg. Bei Stellungswechseln und kleinen
Anzeigen ist die vierte Aufnahme umsonst.
Kleinanzeigen 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nachschick nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Dierzerstraße 17.
Postfachkonto 12382 Frankfurt.

Dir. 54.

Limburg a. d. Lahn, Dienstag, den 5. März 1918.

49. Jahrgang.

Brest-Litowsk und Bukarest.

In Bland-rn wurden englische Vorstände abgewiesen. Deutscher Tagesbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, 4. März.
(Amtlich.)

Weitlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

und

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Eine eigene Sturmabteilung drang an der West-
front in die feindlichen Linien und nahm eine Anzahl
Belagerungsgeschütze. Starkem Feuer folgten an
mehreren Stellen der feindlichen Front englische
Vorstände. Sie wurden abgewiesen. Im übrigen
blieb die Gefechtsintensität auf Artillerie- und
Minenwerferkämpfe in einzelnen Abschnitten be-
schränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht von
Württemberg.

Auf den östlichen Fronten waren französ.
Artillerie und Minenwerfer zeitweilig lebhaft.
Bei kleineren Unternehmungen nördlich vom
Rhein-Meuse-Kanal, westlich von Namur und
südlich von Regard wurden 27 Gefangene einge-
bracht.

Deutscher Kriegsschauplatz:

Infolge Unterzeichnung des Friedensvertrages
mit Rußland wurden gestern die militärischen Be-
wehungen mit Groß-Rußland eingestellt.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts
Neues.

Der 1. Generalquartiermeister,
F. v. Soden.

Neue Tauchboot-Resultate: 22 000 Gr.-R.-T.

W. B. Berlin, 3. März. (Amtlich.) Der un-
ermüdlichen Tätigkeit unserer U-Boote fielen im
Armeekanal und an der Küste Englands
wiederum

22 000 Gr.-R.-T.

Handelschiffen zum Opfer.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der
englische Dampfer „Guntmore“ von rund 5000
Gr.-R.-T. u. ein beladener englischer Dampfer
von über 6000 Gr.-R.-T. Zwei Tankdampfer
von 5000 und 3000 Gr.-R.-T. und ein engl.
beheizter Frachtdampfer wurden mit Ladung aus
starken feindlichen Sicherungen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Zeitungsstimmen zum russischen Frieden.

Der Berl. Volkszeitung schreibt: Nun, da der
Friede mit Rußland abgeschlossen ist, lenken sich un-
ser Dankbare Blick nach dem Großen Hauptquar-
tier. Aber auch dem Grafen Hertling und dem
Staatssekretär v. Kühlmann danken wir. Wir
wünschen ihnen den gleichen Erfolg nach dem
Westen. Unsere Oberste Heeresleitung wird sie auch
dabei nicht im Stich lassen. Sie wird ebenso glän-
zend vorarbeiten, wie sie es im Osten getan hat.

In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: Der mit
Groß-Rußland erzielte Friede ist sicherlich nicht ein
Realfriede, den wir erreicht hatten, denn er ist ge-
schlossen worden inmitten von weiteren solennschwe-
ren Kämpfen. Die weiteren Gefechtsereignisse werden ihn
auch beeinflussen oder bedrohen. Er ist vereinbart
mit den heutigen Machtverhältnissen in Rußland, deren
Regiment auf seiner besonders starken Unterlage
ruht und deshalb unsicher, so unterwühlt er-
scheint. Was aber auch der Friede nach dem Charakter
eines Realfriedes haben, eines geschlossenen und
verhängten Waffenstillstandes, so gibt uns doch
die Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung Rußlands,
das Entfallen der befreiten Provinzen und das
Verbleiben unserer Truppen in den besetzten Pro-
vinzen die Hoffnung, daß auch eine, und zwar
bald, kommende andere russische Revolution sich
heben wird, den regelrecht abgeschlossenen Frieden
zu brechen.

Die konst. „Kreuzzeitung“ schreibt: Gemaltener
Kämpfe hat es bedurft, bis wir vor diesem Ereig-
nis von weltgeschichtlicher Bedeutung stehen durf-
ten. Wenn nach menschlichem Ermessen die uns
im Osten drohende Gefahr als beseitigt an-
gesehen kann, so danken wir diesen heldischen Waffenerfolg
unseren Truppen unter der genialen Führung
Hindenburgs, dessen Name mit der Niederwerfung
des östlichen Gegners in ganz besonderer Weise
verbunden ist.
Mit ungeheurer Vollkommenheit, schreibt die
„Post“, hat das Schwert gearbeitet. Hindenburg
und unsere Truppen haben das Ziel, um das es
ganz werden mußte, erreicht. Ein Friede, der den
Lebensnotwendigkeiten der Mittelmächte in der
ausgesprochenen Lage voll und ganz entspricht, ist
mit den derzeitigen Machtverhältnissen in Rußland ge-
schlossen worden.
Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: Der Friedens-
vertrag mit Rußland ist unterzeichnet. Die Welt
ist in Ordnung und kein Wunsch fehlt. Wir

begrüßen freudig den Frieden und gedenken in
treuer Dankbarkeit des Heeres und seiner Taten,
die ihn herbeigeführt haben.

Die „Post“ schreibt: Für diesen Krieg ist
die übermächtige Koalition, die uns gegenüber-
stand, geprengt. Aber der Kampf tobt weiter.
Voller Ungewißheit taucht die Frage auf, ob die
Koalition, die uns vor dem Krieg gegenüberstand
und die heute gegen uns steht, sich nach dem Kriege
wieder zusammenfinden wird.

Entente-Blockade in Rußland.

Rom, 3. März. Wie in diplomatischen Kreisen
Rom verlautet, wird der Viererband am Tage
des endgültigen Friedensschlusses der Koalition
mit den Zentralmächten über das gesell-
schaftliche Rußlands die Blockade verhängen.

Vorzüglich! Damit werden die Herrn vom
Kaukasus auch die Russen ganz und gar an
unserer Seite treiben. Vergleichs kann es nur
angenehm sein.

Polnische Umtriebe.

Wien, 3. März. Der Ausschuss der Vertreter
aller politischen polnischen Parteien in
Krakau sprach sich gegen die Ausfuhr von
Nahrungsmitteln aus Galizien aus, das heißt für
einen Boykott gegen das übrige Österreich u.
bezieht einen Aufruf an das polnische Volk zu
treiben, worin dieses zur Organisation und der
Polenklub zur Einberufung der Nationalver-
sammlung nach Krakau aufgerufen wird.

Der Gefangenenaustausch mit Rußland.

Angeht die Entwicklung in Rußland ist die
Hoffnung auf einen Austausch der Gefangenen
zwischen den kriegführenden Mächten in gr-
ßere Nähe gerückt. Unser Volk würde sich aber
einem allzu großen Optimismus hingeben, wenn
es sich den Austausch aller Gefangenen als mit
dem Friedensschluß unmittelbar bevorstehend den-
ken wollte. In welcher Form und in welchem
Zeitraum die Durchführung der deutschen Kriegsge-
fangenen in die Heimat und umgekehrt die Zurück-
führung der russischen Kriegsgefangenen nach
Rußland bewerkstelligt werden soll, ist heute noch
nicht zu übersehen. Fest steht, daß die deutschen
Unterhändler, besonders auch die Kommission in
Petersburg, alles daran setzen, um die in Rußland
befindlichen Kriegsgefangenen ihrer Heimat wie-
derzugeben. Mit Rücksicht auf die großen Ent-
fernungen in Rußland und Sibirien und die an-
derer mangelhaften Transportverhältnisse wird
das alles nicht so rasch erfolgen können. In be-
trachtlichen ist auch, daß die Gefangenen aus
sanitären Gründen nicht sofort in die Heimat
entlassen werden können, sondern wegen Seu-
dengefahr erst einer Quarantäne unterzogen
werden müssen.

Zusammenbruch der Bolschewiki in Finnland.

Stockholm, 4. März. Die „Dagens Nyheter“
aus Karva erzählt, beginnt die Herrschaft der roten
Gardisten in Finnland langsam zusammenzustürzen.
Die Zeitung in Sellsingsfors soll aus dort
ausgesandten Truppen empfangen haben, wieder zu-
rückzuführen.

Nach dem gleichen schwedischen Blatte ver-
suchte eine größere russische Truppenmacht an der fere-
nischen Front zwischen Konist und Pitto die Wei-
ßen Gardisten zu umgehen, wurde aber nach blut-
igen Kämpfen zurückgetrieben.

Ukrainer an der mazedonischen Front.

W. B. Sofia, 3. März. Bulgarische Telegramm-
Agentur. Der Führer Alexander Solomichanov
aus Woronezh, ein gebürtiger Ukrainer, der in
einer russischen Brigade in Saloniki diente und
eben die französischen Linien überschritten hat, um
sich nach Bulgarien zu begeben, erklärt im Blatt
Kombana, daß die meisten von den 23 000 Russen,
die sich an der Salonikifront befinden, Ukrainer
seien, die man nach der bolschewistischen Revolution
in Petersburg hinter der Front zurückgelassen
habe, wo sie als Arbeiter tätig seien, widrigenfalls
sie als Kriegsgefangene behandelt werden sollten.
Trotz ihrer einmütigen Erklärung, daß sie nach
der Unterzeichnung des Friedens mit der Ukraine
heimgekehrt zu werden wünschten, seien diese
Ukrainer von anderen Truppen umzingelt worden.
Um nach Afrika deportiert zu werden. Ihre
beiden Generäle Konewitsch und Tzanowitsch
seien in den Dienst des französischen Expedition-
korps übergetreten.

So sieht das „Selbstbestimmungsrecht der
Völker“ praktisch bei der Entente aus!

Ein neues Friedensangebot?

W. B. Berlin, 3. März. Die „Nordd. Allgem.
Ztg.“ schreibt unter der Überschrift: „Ein neues
Friedensangebot“:

„Die Londoner „Morning Post“ läßt sich mei-
nen, daß in Washington von einem neuen deut-
schen Friedensangebot die Rede sei. Deutschland
wolle Elia-Verträge an Frankreich abtreten, ein-
em Uebereinkommen wegen Belgien, Serbien u.
des Schiedensjahres an Frankreich zustimmen,
würde aber die Bedingungen stellen, daß es die
Beute im Osten behalten dürfe. In Washington
wäre man nicht abgeneigt, ein derartiges Angebot
anzunehmen. Das letztere glauben wir gern. In
London u. namentlich in Paris wäre die Bereit-
schaft vermutlich ebenso groß, denn daß die Wei-
smächte auf Kosten Rußlands ihre ei-
genen Kriegsziele fördern möchten,

mag schon sein. Sie haben aber im Osten nichts
zu verdrängen und müssen die Regelung des nach-
barlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und
Rußland den schon Beteiligten überlassen. Wenn
die Meldung der „Morning Post“ nicht etwa be-
stimmt sein sollte, die Hoffnungen der Franzosen
auf Elia-Verträge für die bevorstehenden kriti-
schen Zeiten aufrechtzuerhalten, müßte sie völlig
als politischer Unsinn bewertet werden.“

Fliegerangriff auf Pola.

Rom, 3. März. In der Nacht zum 27. Februar
bombardierte ein unserer Marineflugzeugab-
teilung die Bucht von Pola. Es warf zwei Tonnen Explosivstoff auf
das Arsenal und andere militärische Einrichtungen
mit sichtlicher Wirkung ab. Trotz eines lebhaften
Sprengfeueres sind alle unsere Flieger zurückgekehrt.

Amerikanische Wichtigeur.

New York, 3. März. Meldung des Reuterschen
Bureaus. Die bedeutendsten Blätter schreiben,
daß man Deutschland nicht im Besitz von
Teilen Rußlands lassen dürfe. „New York
Times“ schreibt: Deutschland muß gezwungen
werden, sich aus den russischen Provinzen zurück-
ziehen. Die Alliierten können dies nicht schnell
genug als unveränderliches Kriegsziel ver-
binden. Die Sicherheit der Zivilisation hängt von
Rußlands Rettung ab.

Da wird wohl nichts anderes übrig bleiben,
als daß Präsident Wilson zur Sicherung der
Zivilisation einmal wieder eine seiner langweili-
gen „Vollschöten“ auf die Menschheit losläßt.

Endlicher Friedensschluß mit Großrußland.

Hätte Herr Leo Trotski Vernunft gezeigt, so
hätte der Osten schon seit 3 Wochen vollen Frieden
haben können, und zwar einen Frieden, der für die
Petersburger Machtübernahme viel ehrenvoller ge-
wesen wäre. Das übermächtige Gebahren der Bol-
schewiki-Schurke in Brest-Litowsk vom 9. Februar
ist geblühend gestraft worden. Schändlichst
haben die kommunistisch-anarchistischen Machtüber-
nehmer, die jetzt noch in Petersburg am Ruder sind, unsere
neuen Bedingungen annehmen müssen,
nachdem sie sich überzeugt hatten, daß auch ihre
vergifteten Feinde gegen das Volk in Rußland nichts
auszurichten vermöchten. Daß sie bis zum letzten
Augenblick diese hinterhältige Taktik, unsere Kraft
durch die Enge der Fesseln der Mächte des Unsturzes zu
brechen, fortsetzten, befand die zahlreichen „Flam-
menden“ Aufrufe aus der letzten Woche, die jetzt
durch englische Zeitungen bekannt wurden. Sie zeig-
ten uns, daß die Machtübernahme an der Weina ihren
Sinn nicht geändert haben, sondern noch wie vor
unserer Lohndienste sind, auch wenn sie ihren Namen
jetzt unter den Friedensvertrag setzen wollten. Das
sich nicht ändert. Wir haben jetzt Frieden mit dem
ganzen ehemaligen Rußland. Die Männer, die noch
Trotski und Lenin in Petersburg aus Rußland so-
men, werden vielleicht froh, daß ihnen die ver-
lorenen Bolschewiki die Verantwortung für den Fried-
densschluß abgenommen haben, den Frieden halten
müssen, weil das Kriegsmüde und erschöpfte russische
Volk sich durch nichts mehr bewegen lassen wird, den
für Rußland längst sinnlos gewordenen Krieg wie-
der aufzunehmen.

Das deutsche Volk wird sich durch diese Wochen-
schafften der russischen Machtübernahme die aufrichtige
Freude und Genugtuung über diesen ersten großen
Friedensschluß nicht veranlassen lassen. Es erntet jetzt
wie der Kaiser in seinem Glück an den Kanzler be-
fragte, die Früchte der aktuellen Siege, in denen
unser unerschütterlich tapferes Heer die russ. Dampf-
walze zerstampft hat, und der Standhaftigkeit, die
es dabei gegen alle verunsichernden Einflüsse der
jahrelangen fälschlichen Kriegszeit, nicht zuletzt gegen
den bolschewistischen Streik-Bajonett, bewiesen hat.
Im Bewußtsein, daß wir auch im Osten aus-
stehen, ist es genug in der Hand haben, um uns gegen
alle Ueberrumpelungen zu sichern. Können wir jetzt zum
ersten Male seit der schicksalreichen Stunde, da
die hohe Welt über uns herfiel, voll und ganz ein.
Der Frontkrieg ist nun auch formell beendet,
denn auch die Rumänen haben in der Erkenntnis
ihrer völlig unhaltbar gewordenen Lage die Waf-
fen niederlegen und sich zu Verhandlungen über den
Frieden begeben müssen, dessen Unterzeich-
nung täglich erwartet werden kann. Nur in
Mazedonien stehen unsere bulgarischen Bundesge-
nossen noch gegen das aus allen Ländern und Rassen
zusammengedrungene Expeditionsheer von Saloniki.
Wir kämpfen nicht mehr mit einem Arm, sondern
haben beide Arme frei gegen unsere Feinde im
Westen, die noch nicht zum Frieden geneigt sind.
Das das bedeutet, werden sie bald spüren.

„Carl Jellicoe of Scapa!“

Der englische Bericht der Junk-station Vothhu
brachte am 25. Februar unter anderem folgende
Meldung: „Admiral Jellicoe wählte sich als Titel:
„Graf Jellicoe of Scapa!“ — Tableau!
Man stellt sich unwillkürlich an den Kopf und
fragt sich: Ist das ein schlechter Witz? Das heißt,
klingt wie er gar nicht mal, sondern sogar recht
gut. Wir würden sicher bis zum letzten Augen-
blick glauben, daß es sich um einen Scherz handelte,
wenn nicht der offizielle drahtlose Dienst die Nach-
richt selbst gebracht hätte. Wir sind in diesem
Kriege freilich seit langen daran gewöhnt, daß
alle Begriffe in dieser Welt mehr oder weniger re-
volutioniert, daß das oberste zu unterst gefehrt

wurde und daß frühere Vorfälle dem Ge-
spräch der Menschheit andenklichen. Daß aber ein
englischer Admiral, dazu jener, der bei Kriegsbe-
ginn berufen war, das Erbe Nelsons anzutreten,
auf den Gedanken kommen konnte, sich bei der ihm
angelegenen Würde ausgerechnet mit dem Na-
men Scapa, dem im hohen Norden Schottlands
gelegenen Zufluchtsort der englischen
Kriegsflotte, also desjenigen Ortes für alle
Zeiten zu verewigen, welcher mit Recht der engl.
Flotte den Ruf der Unverwundbarkeit und der Un-
verwundbarkeit eingebracht hat, das übertrifft in der Tat
unseren kühnsten Erwartungen.

Wir haben einen „Fürst Blücher von Wahlstatt“,
wir haben einen „Fürst von Bartenburg“, die Eng-
länder haben einen „Lord St. Vincent“ (Admiral
Sir John Jervis). Namen, die alle einen guten
Klang in der Kriegsgeschichte haben und die Er-
innerungen wecken an Heldentaten und Seelen-
größe. Aber solche Geistesanstrengungen passen nicht
mehr in unsere überkulturelle Zeit nicht mehr
hinein, wenigstens noch englischer Auffassung nicht.

Der Admiral Jellicoe ist gewiß nicht dafür ver-
antwortlich zu machen, daß er die englische „Grand
Fleet“ (Große Flotte) im sicheren Port von
Scapa Flow verstreut hielt, anstatt sie mit
mehrmals Union Jack dem Feinde in der Nordsee
entgegenzuführen, er handelte auf Befehl der engl.
Admiralität, die in dieser Art der Seestreite die
richtige Regel für die englische Seefriedensführung
erblickte. Es kam die Schlacht vor dem Skagerrak,
von englischer Seite nicht gewollt, aber als No-
tation-Beschäftigung unumvermeidlich geworden. Es war
eine Gelegenheit für die englische Flotte und ihren
Führer sich zu rehabilitieren, das Odium der
mangelnden Aktivität und Angriffsfähigkeit von
sich abzuwälzen. Der Erfolg aber blieb ihr ver-
wehrt. Mit blutigen Wunden wurden die Engländer
heimgeschickt, der letzte Maintag des Jahres 1916
wurde zu einem Tag der in der englischen
Kriegsgeschichte. Jellicoe mußte gehen.
Aber um des englischen Prestiges (Wohlbefinden) willen
mußte ihm wenigstens ein würdevoller Austritt ge-
stattet werden. So wurde er als „Graf“ be-
zeichnet in die englische Admilität berufen. Als
Führer der Großen Flotte wird auch der U-Boote-
Gefahr sich nicht annehmen sollte und aufzuheben
die schwebenden Rüstungen deutscher U-Boote.
Seestreitkräfte gegen den Weltunverstand. Ruß-
land-Rumänen der Welt offenbart, daß die
englische Flotte nicht einmal imstande war, den
Sonderverkehr oben im hohen Norden zu sichern,
da war der Schlag über Herrn Jellicoe abgetragen
er mußte auch die Admiralfähigkeit verlassen. Selbst
macht er nur noch durch Fährden und sonstige Un-
glücken sich bemerkbar. Dennoch wollte man den
ehemaligen Großadmiral doch nicht verlieren, doch
nicht ohne jede äußere Ehrung in der Verpension
verschwinden lassen. Schon vor Monaten hatte die
Nachricht durch die Presse, ihm wäre die „Earl of
Scapa“ angedacht worden (die Eng-
länder nennen die Seeschlacht vor dem Skagerrak
bekanntlich die Schlacht von Skagerrak). Er wird
sich in richtiger Erkenntnis der darin enthaltenen
höheren Ironie für die „Earl of Scapa“ schon haben
können. Jetzt aber hat er das Richtige getroffen:
„Earl of Scapa“ — Graf Drückelberger!

Der Waffenstillstand mit Rumänien. Deutscher Abendbericht.

W. B. Berlin, 4. März, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Die Rumänen haben unsere Waffenstillstands-
bedingungen angenommen.

Wiener Tagesbericht

W. B. Wien, 4. März. Amtlich wird verlaut-
bart:

In der italienischen Front keine besonderen Er-
eignisse.

In Bosnien schreiten die Operationen erfol-
reich vorwärts. In Serbien wurden bisher über 770
Geschütze, über 1100 Maschinengewehre und weitere
große Mengen an Kriegsmaterial aller Art einge-
bracht.

Die Getreidevorräte der Ukraine.

Die „N. Z.“ meldet aus Bern: Nach Mitteilung
des ukrainischen Pressbureaus in der Schweiz
belaufen sich die Getreidevorräte in der Provinz
Cherson allein auf über 80 Millionen Pud (ein
Pud gleich 33 deutsche Pfund); auch die in anderen
Provinzen verfügbaren Vorräte sind sehr be-
deutend. Man schätzt, daß die Ukraine in ihrem Gebiet
über einige 100 Millionen Pud Getreide verfügt.

Graf Hertling.

W. B. Berlin, 4. März. Wie die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ meldet, hat der Reichs-
kanzler gestern den österreichisch-ungarischen
Botschafter empfangen.

Die Lage in Ostibirien.

Sankt Petersburg, 4. März. Reuter meldet aus Tokio: Aus
unverlässiger Quelle verlautet, daß Blagowesch-
tschensk, Petropawl, Chabarowsk und Ost-Sibirien
in den Händen der Japaner seien.

Die 8. Kriegsanleihe.

I. Berlin, 4. März.

Zur gewöhnlichen Zeit, ein halbes Jahr nach der 7. Anleihe, rüstet sich die Finanzverwaltung des Reiches, eine neue Kriegsanleihe aufzulegen. Nichts kennzeichnet die unerkümmelte wirtschaftliche u. finanzielle Kraft Deutschlands besser als die Stetigkeit und Ruhe, mit der sich — im Gegensatz zu unseren Feinden — unsere finanzielle Kriegsrüstung vollzieht. Die gewaltigen Erfolge der bisherigen Kriegsanleihen berechtigen zu Vertrauen und Zuversicht auf die Bereitwilligkeit des deutschen Volks, auch dieses Mal wieder sein Geld in den Dienst der Vaterlandsliebe zu stellen, und ermöglichen es der Reichsfinanzverwaltung, an den bewährten und bewährten Bedingungen der letzten Kriegsanleihen auch bei der Begebung der neuen festzuhalten.

Es werden wieder die bekannten 5%igen Schuldverschreibungen u. daneben die 4%igen auslosbaren Schatzanweisungen, beide zum Preise von 98 Mark für 100 Mark Nennwert aufgelegt. Die Schatzanweisungen unterliegen den gleichen Verlosungsbedingungen wie die der 6. und 7. Kriegsanleihe. Wird die Kriegsanleihe in das Schuldbuch eingetragen — mit Sperrung bis 15. April 1919 — so ermöglicht sich der Zeichnungspreis auf 97,80 RM. Die Zeichnungsfrist läuft vom 18. März bis 18. April. Um den Zeichnern die Möglichkeit zu geben, alle ihnen im Laufe der nächsten Monate noch zuzufleßenden Einnahmen der Anleihe zu widmen, können die Einzahlungen in 4 Raten (am 27. April 30%, am 24. Mai 20%, am 21. Juni und 18. Juli je 25% des gezeichneten Betrages) geleistet werden. Wer aber die Mittel bereit hat und möglichst bald in den Genuß der 5%igen Verzinsung gelangen will, kann die Vollzahlung schon vom 28. März an leisten. Der Zinsendienst beginnt am 1. Juli 1918, bei früheren und früheren Zahlungen werden Stückzinsen wie herkömmlich verrechnet. Der erste Zinschein ist also am 2. Januar 1919 fällig. Ein Umtausch der älteren 5%igen Schuldverschreibungen in Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe ist in demselben beschränkten Maße wie früher ebenfalls wieder zugelassen.

Die Weltkriegskosten bis Ende 1917

Je länger der Weltkrieg dauert, um so mehr schwellen die Kriegsausgaben der einzelnen Länder an. Die Monatsaufwände wachsen. Es ist dies vor allem in zwei Richtungen begründet. Zunächst in der Zenerung, die allmählich die ganze Welt erfaßt hat. Das wirkt naturgemäß zurück auf die Kriegsausgaben. Der ungeheure Materialbedarf des Krieges steigt im Preise. Die Löhne müssen mit Rücksicht auf die gestiegenen Lebensmittelpreise höher und höher gestellt werden. Die Gehälter ebenfalls. Der größte Teil der allgemeinen Preiserhöhung wird direkt oder indirekt auf die Kriegswirtschaft abgewälzt, was zu einer raschen Zunahme der Kriegskosten führen muß. Der andere Grund für diese Zunahme liegt in der ständigen Ausweitung des Krieges hinsichtlich seiner Ausdehnung und der Wucht und Rachhaltigkeit seiner Durchführung. Der Kampf ist ein Weltkrieg geworden. Immer komplizierter und teurer, immer vielseitiger und zahlreicher werden die Kampfmittel und Kampfmethoden. Was sind die Artilleriegeschützen in den ersten Wochen des Krieges verglichen mit denen von heute? Die wachsende Intensität des Kampfes mußte zu einer starken Vergrößerung der Ausgaben führen.

Ueber die gesamten Kriegskosten kann man heute noch kein festes Bild gewinnen. Nur hinsichtlich der direkten Kriegsausgaben kann man sich mit ziemlicher Sicherheit unterrichten.

Es betrugen die direkten Kriegsausgaben bis

1. Januar 1918:	
Deutschland	91 Milliarden Mark
Oesterreich-Ungarn	52 Milliarden Mark
Italien	4 Milliarden Mark
Bulgarien	3 Milliarden Mark
Mittelmächte zusammen	150 Milliarden Mark
Dagegenüber beiziffern sich die Kriegsausgaben unserer hauptsächlichsten Feinde auf folgende Summen:	
England	123 Milliarden Mark
Rußland	106 Milliarden Mark
Frankreich	86 Milliarden Mark
Verenigte Staaten	53 Milliarden Mark
Italien	28 Milliarden Mark

Die fünf Entente-Länder zusammen 396 Milliarden Mark. Dabei sind das nur die Ausgaben der fünf

größten unter den feindlichen Staaten. Die Kriegsausgaben von Serbien, Belgien und Rumänien sind darin noch gar nicht enthalten. Bezüglich Rumäniens wurde von einiger Zeit von einem Rumänen die Vermehrung der Staatskassen durch den Krieg auf 7 Milliarden Mark berechnet. Die Kriegsausgaben Rumäniens sind gleichfalls sehr niedrig angesetzt. Nach einer neuen Berechnung betragen sie 134—140 Milliarden Mark. Die gesamten Kriegsausgaben unserer Feinde übersteigen demnach bis zum 1. Januar 1918 erheblich die Summe von 400 Milliarden Mark. Die Ausgaben der Gegner sind demnach 2½mal so groß wie jene der Mittelmächte.

Dieses ungeheure Mißverhältnis ist besonders im Jahre 1917 in die Erscheinung getreten. In diesem Jahre haben die Kriegsausgaben der Mittelmächte 56 Milliarden betragen, jene der fünf größten Gegner Deutschlands aber 209 Milliarden, also fast viermal soviel wie die Kriegskosten der Mittelmächte.

Insgesamt hat der Weltkrieg demnach bis Anfang 1918 nicht weniger als 550 000 Millionen Mark verschlungen, eine Summe, deren Größe vollkommen außer jedem Vergleichungsvermögen liegt.

Besonders auffallend ist die hohe Ausgabe der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich doch noch gar nicht im eigentlichen Kampfe befinden. Die Erklärung liegt einmal darin, daß der Geldwert, die Kaufkraft des Geldes, schon in Kriegeszeiten in Amerika weit geringer war als in Europa, sodann aber in der Tatsache, daß Amerika sein ganzes Heer und seinen ganzen Kriegsmaterial erst schaffen muß. Es fehlt an allem: an Rohstoffen und an Ausrüstung, an Bewaffnung und Munitionsbefüllung und an allen den vielen Dingen, welche zur vollkommenen Neuaufrüstung eines Millionenheeres nötig sind. Dazu kommen die Anforderungen, welche Amerika aus dem Gebiete des Schiffbaues macht. Diese erfordern gewaltige Summen für die Anlage von Werften, Maschinen und Schiffbautechnischen Hilfsmitteln, ehe der eigentliche Baubetrieb richtig einleiten kann. Auch die Anforderungen, welche die Bundesstaaten an Amerika stellen, nehmen von Monat zu Monat zu. Daß der Krieg freilich für Amerika im Verlauf von kaum 10 Jahren eine solche Summe kosten würde, hätten die dortigen Kriegstreiber wohl selbst nicht gedacht.

Auffallend hoch sind auch die Kriegsausgaben Englands. Es fehlen nur einige hundert Milliarden und Englands Kriegskosten wären so groß, wie jene der sämtlichen vier Mittelmächte zusammengekommen.

Reichstagsverhandlungen.

Rachtag aus der Sitzung vom 28. Februar. Abg. G. v. B. (Zentr.): Abg. Dr. K. hat mir vorgeworfen, daß die Reichstags-Resolution nicht Kriegsvorbereitung, sondern Kriegserklärung gewirkt hätte. Ich antworte ihm darauf, daß ich schon dem Hauptantrag gesagt habe: Kriegserklärung ist die Haltung der Annexions- und Generalpolitik aller Länder. (Sehr richtig.) Der Abg. Dr. K. hat ferner behauptet, ich hätte für die Reichstags-Resolution Vorbehaltswörter in Anspruch genommen und ich hätte gesagt, man dürfe sie nicht kritisieren. Weder das eine noch das andere habe ich gesagt. Ich habe im Gegenteil gesagt: Ich kann den Widerstand gegen die Reichstags-Resolution wohl verstehen. Ich verurteile auch abweichende Ansichten. Was ich aber verlangen muß, das ist, daß dieser Widerstand im Rahmen des politischen Ansatzes geltend gemacht werde. Dann hat Abg. Dr. K. weiter gesagt, daß meine Behauptungen vom Juli über die Wirkung des U-Boottkrieges sich nicht bewahrheitet hätten. Demgegenüber stelle ich fest, daß sowohl der Staatssekretär von Tirpitz... (Zuruf des Abg. v. Camp: Tirpitz nicht!) Staatssekretär von Tirpitz erklärte mir, daß vor sechs Monaten, sondern bereits im Januar 1918, doch bereits nach sechs Monaten uneingeschränkter Blockade des U-Boottkrieges England auf den Anriß liegen werde; aus der Admiralität hat wiederholt erklärt, daß spätestens nach sechs Monaten, nach Verletzung von 4 Millionen Tonnen Schiffsraum England um Frieden bitten müsse. Diese Wirkung ist nicht eingetreten. Vielmehr mußte der Admiralität sich immer mehr meinen Berechnungen nähern. Er hat auch bereits im Dezember in einer amtlichen Verlautbarung die Welt-Tonnage als Ausgangspunkt seiner Berechnung genommen und zwar gerade in der Art, wie ich bereits im Juli die Berechnung gemacht hatte. Meine Berechnungen und Behauptungen über die Wirkung des U-Boottkrieges haben sich reiblos bewahrheitet. Ich werde bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit verlangen, daß zusammengefaßt werden, die Berechnungen des Admiralitäts von Januar 1917, vom Juli und August 1917 und die heutigen Berechnungen des Admiralitäts über die Wirkung des U-Boottkrieges (Abg. v. Camp: Auch vom Mai 1918!) Ich bin damit zufrieden, daß auch der Mai 1918 in die Berechnung aufgenommen wird.

Dann stiegen die Leute aus dem Boot auf das größere Fahrzeug hinüber, während jener in das Schwimmboot gestiegen wurde, wo er, wie vor Anker gelegt, ruhig liegen blieb.

Mit Hilfe einiger Ruder drängte man nun die Gertrud noch weiter von dem Eiland ab, sodann ließ man sie still auf dem Wasser treiben.

Nach einer Weile tauchte dann aus der Richtung der Insel, die nur noch wie ein schwarzer Fleck sichtbar war, der Seelenverkäufer auf. Die beiden Leute dort hatten ihre Aufgabe erledigt u. kamen Bord.

Dafür kletterte man aber Meriens allein in das zerbrechliche Fahrzeug hinein und verließ es gleich darauf nach dem südlichen Ufer zu.

So verging eine Stunde.

Diese nächtliche Boote auf dem stillen Gewässer hatte für die beiden Fischer, die sich auf dem Motorboot befanden und ununterbrochen in die Finsternis hinauslochten, etwas seltsam Aufregendes.

Nur flüsternd konnten die Leute ihre Bemerkungen austauschen. Oft gackelten ihnen die fast schon überreizten Sinne Geräusche und dunkle Schatten vor, die sich stets wieder als Phantasiegebilde, als Täuschung herausstellten. Auf der kleinen Treppe zum Motorboot hinab oder stand Glühbirne Gardwand, bereit jeden Augenblick den Motor anzulassen.

Dann — vom Süden her leiser Underdick. Die Umriffe eines Rahmes lösten sich aus der Dunkelheit los. Es war eines der beiden Patrouillenboote.

Der Gefreite, der das Steuer führte, konnte aufmerksam die neben der Gertrud und erstarrte dann dem Leutnant häufig Bericht.

„Von dort her“, er zeigte nach Süd, „nähert sich ein Floß. Es ist etwa 1500 Meter entfernt. Wir hören ein verdächtiges Geräusch auf dem Wasser und fuhren darauf zu. Ich glaube kaum, daß man uns bemerkt hat, Herr Leutnant.“

Noch während der Gefreite seine Meldung machte, war auch Meriens in seinem Seelenverkäufer wieder aufgetaucht. Er durfte zu erzählen, daß

Hinsichtlich der Sozialdemokratie habe ich erklärt, daß für jede einzelne der Reichstagsparteien ihr Parteiprogramm unverändert und ungeschwächt fortbestehen, ich habe also das genaue Gegenteil von dem gesagt, was in dieser Beziehung Dr. K. behauptet hat. (Sehr richtig!) Endlich hat Abg. K. behauptet, ich hätte eine Behauptung für Arbeiter dafür verlangt, daß sie während des Krieges ihre Pflicht treu erfüllt hätten. Ich habe das genaue Gegenteil gesagt. Ich habe ausgeführt: Nicht eine Behauptung soll den Arbeitern gegeben werden, sondern es soll ihnen das Recht gegeben werden. Dieses Recht steht ich darin, daß ihnen sobald wie möglich die politische Gleichberechtigung gewährt werde. (Beifall im Zentrum.)

Landtagsverhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Am Ministerische: Handelsminister v. Siedow. Graf Schönerling-Lösow eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes wird fortgesetzt bei dem Etat der

Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Bogellang (Zentr.): Die Löhne der Bergarbeiter sind unzureichend. Die Bergleute sollen ein Eigentum mit Haus und Garten erhalten. Die im Bergbau beschäftigten Kriegswunden dürfen nicht ungenügend gestellt werden als die übrigen Arbeiter. Bei Gelegenheit der Debatte über die Kohlenbeschaffung sind wir und auch die Konventionen verächtlich worden, als widerstehen wir uns der Schöpfung der Lebensmittelpolitik der Bergarbeiter. Gegen diese lächerliche Agitation erhebe ich den schärfsten Widerspruch. Wir bitten um einstimmige Annahme der Resolution der Kommission, in der eine weitgehende Forderung für die Bergarbeiter gefordert wird. Durch ihre Annahme wird die Berufsfreiheit der Arbeiter erheblich gesteigert. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Macco (natl.): Die Bedürfnisse der Arbeiter müssen in härteren Maße befriedigt werden als bisher. Deshalb sind auch wir mit dem Antrag der Kommission einverstanden. Der Bezug von Rohstoffen wird uns in den nächsten Jahren Schwierigkeiten machen. Unsere Feinde bemühen sich, Vereinigungen zu bilden, um uns vom Weltmarkt auszuschließen. Die Erleichterung für die wichtigsten Rohstoffe in Krieg und Frieden können wir uns nur in beschränktem Umfang verschaffen, deshalb ist es für uns von größter Bedeutung, daß wir uns das Erzeugnis von Reich unbedingt sichern. Die sorgfältige Pflege des Wirtschaftslebens wird uns ermöglichen, die Folgen des Krieges zu überwinden und das Vaterland vor Stichtum zu bewahren. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister Dr. Siedow: Was die Rentabilität der staatlichen Bergwerke betrifft, so ergibt der Staatshaushalt hier kein richtiges Bild, weil daraus nicht zu ersehen ist, wieviel auf Verbesserungen ausgenommen worden ist. Ich muß Widerspruch erheben, daß man den gegenwärtigen Verkaufswert in die Bilanz einstellt. Das wurde kein Kaufmann tun. Ueber das Braunkohlenrentabilität schweben Verhandlungen, die, wie ich annehme, zu einer Verständigung führen werden, daß von einem Zwangsmonopol abgesehen wird. Ein Zwang zur Befahrung von Liebschaften soll nicht ausgedrückt werden. Die Kohlen müssen für die Sicherheitsmänner hin ab bereit, erneut in Erinnerung zu bringen. Es ist erwünscht, daß sie vollständig vorhanden sind.

Oberbergshauptmann Hübner: Die Löhne der Bergarbeiter sind in erheblichem Maße gestiegen. Es ist richtig, daß die kriegsverletzten Arbeiter nicht so verdienen wie die unbeschädigten Arbeiter, denn im allgemeinen werden die Arbeiter nach ihren Leistungen bezahlt. Die Wünsche der kriegsinvaliden Arbeiter werden aber wohlwollend geprüft werden.

Abg. D. (Zentr.): Vor allem müssen die Kartellaktionen der Bergarbeiter beendet werden. Die Hindernisse für die von den Bergarbeitern vielfach nicht angenommen worden, weil sie zu teuer war. Die Löhne müssen in keiner Weise bei den hohen Lebensmittelpreisen. Die Staatsbergwerke haben 1916 einen Reingewinn von 7,5 Proz. erzielt. Da kann man doch nicht sagen, daß der Staatsbetrieb unrentabel sei.

Minister Siedow: Für die Bergarbeiter war die Erhöhung der Kartellaktionen in Aussicht genommen. Das Kriegsbergwerksamt hat aber entschieden, daß es zurzeit nicht möglich sei. Die Löhne haben eine außerordentliche Steigerung erfahren; sie sind von 5,4 vor dem Krieg auf 11,4 während des Krieges gestiegen und werden allmählich weiter steigen. Die privaten Bergwerksgesellschaften haben die Kriegskonjunktur nicht ausgenutzt und keine erhöhte Dividende erzielt. In den Fällen, wo eine unzureichende Behandlung der unteren Beamten durch die oberen festgestellt wird, wird die Verwaltung einkreisen. Die Forderungen bei den Kohlenverkäufen nach dem Auslande kommen nicht den reichen Leuten, sondern der Allgemeinheit zugute.

Oberbergshauptmann Hübner: Die Teuerungszulagen werden im tatsächlichen Verhältnis zu den Einnahmen bezahlt werden.

Abg. Schrader (Freisinn.): Die Löhne der Arbeiter sind in einem viel höheren Maße gestiegen als die Gehälter der Beamten.

Abg. Böbel (Zentr.): Die Arbeiterlöhne im obersteleischen Revier liegen hinter denen im Ruhrrevier bedeutend zurück. Die obersteleischen, welche jetzt einen Arbeitstag von 10 Stunden haben, wünschen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.

Schließlich wird der Bericht genehmigt. Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

• Rudendorff Ehrenhonorar der Medizin. Die medizinische Fakultät der Universität Freiburg hat den Generalanrathmeister Rudendorff anlässlich der Wiedergewinnung der Universität Dorpat zum Ehren doktor ernannt.

• Aus dem Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus setzte am Samstag die zweite Beratung des Berggesetzes fort. Es sehr nachdrücklich Weise verordnete sich zunächst der Zentrumsabgeordnete Bogellang für die Arbeiter in den Bergwerken. Er schilderte ihre Not, trat unter Anführung besonderer Fälle für eine Erhöhung der Löhne ein und verlangte besonders eine Sicherstellung der Ernährung der Bergarbeiter. Der nationalliberale Abgeordnete Macco besprach die Rentabilität des staatlichen Bergbaus, worin ihn der Minister folgte, der betonte, daß die Rentabilität der Bergwerke die gleiche geblieben ist wie vor dem Krieg. Er teilte auch mit, daß über die Bildung eines Braunkohlenrentabilität Verhandlungen schwebten, die wohl zu einer Verständigung führen würden, jedoch von der Bildung eines Zwangsmonopols abgesehen werden könne.

• Die Teuerungszulagen der Beamten. Der in 2. März. Der im fraktionellen Ausschuss des Reichstags für Beamtenfragen, der unter dem Vorsitz des nationalliberalen Abgeordneten Meyer-Forst arbeitete, und dem vom Hauptauschuss des Reichstags eine Reihe wichtiger Fragen zur Erleuchtung überwiesen worden ist, ist jetzt an einem vorläufigen Abschluß seiner Arbeiten angelangt. Die Mitglieder der Konferenz, die sämtlichen Fraktionen des Reichstages angehören, haben sich in Erkenntnis der allgemeinen Notlage der Beamenschaft einstimmig für eine wesentliche Erhöhung der laufenden Kriegsteuerungszulagen ausgesprochen. Die Reichsregierung hat zu diesem Beschluß im Grundlag ihre Zustimmung erklärt und nur über das Maß der Erhöhungen sind noch Verhandlungen im Gange.

Der Augustinusverein zur Pflege der

schol. Fr. ff. hielt am 27. und 28. Februar seine herkömmliche Frühjahrssitzung im Abgeordnetenhaus in Berlin ab. Nicht nur die Männer der Presse waren aus allen Teilen des Reiches zahlreich herbeigekommen, sondern auch die Herren Abgeordneten waren, soweit sie nicht gerade bei den schwebenden wichtigen Debatten im Reichstag- und Abgeordnetenhaus unabschließbar waren, in großer Zahl erschienen. Die Erörterungen, welche im Hinblick auf die Referate der Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses stattfanden, gestalteten sich überaus lebhaft. Aber sie trugen zur Klärung der Lage bei. Erwähnt sei noch, daß am ersten Tag der Hauptredakteur Grunau-Roth einen Vortrag über die Zukunftsaufgaben des Zentrums und am zweiten Tage Herr Hauptredakteur Müller-Waldhoff einen solchen über den Ausbau der Parteiorganisation hielt, in welchem hauptsächlich die Wünsche der Presse im Rande zum Ausdruck kamen.

Redigierende Entschuldigungen fanden einstimmige Annahme:

1. Die Versammlung spricht den dringenden Wunsch aus innerhalb der Zentrumsfraktion die Erörterung über zurückliegende Streitfragen in Bezug auf Kriegs- und Friedensziele einzustellen.

Die auswärtige Reichspolitik befindet sich nachdem an der Ostfront der Friede auf dem Wege ist, in einer Zeit der Klärung. Aufgabe der Zentrumsfraktion ist es, an dieser Klärung sich leidenschaftslos zu beteiligen u. abweichende Meinungen unter den Parteiangehörigen mit ruhiger Sachlichkeit auszusprechen.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß die Entscheidung über Kriegs- und Friedensziele von der Reichsleitung in enger Fühlung mit dem Reichstag und der Obersten Heeresleitung zu treffen ist.

2. Der Augustinusverein spricht in seiner Hauptversammlung vom 28. Februar der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhaus und ihrer Führung volles und einmütiges Vertrauen aus im Hinblick auf die bisherige Gestaltung der Parteipolitik und ihre umsichtige und zielbewusste Vertretung u. Vereidigung der staatlichen und allgemeinen kulturellen Interessen in den bedeutsamen parlamentarischen Verhandlungen über die gegenwärtigen Wahlrechtsfragen.

Der Augustinusverein beugt die feste Ueber-

den mitgeführten Petroleumvorräten Gebrauch zu machen.

Jetzt lag das Motorboot mit abgestoppter Maschine ruhig da.

Und nun nahm der Leutnant seine Schützenpeife zur Hand und entlockte ihr einen schrillen Pfiff. Wenige Sekunden später zuckte plötzlich im Norden auf dem Wasser ein flackerndes Lichtschein auf.

Es waren dies die feingestrichelten Lampen, die Vornach auf das verbotene Signal hin auf die ölige, breite Straße schwebte, die der gepanzerte Kahn hergestellt hatte, indem er lautlos hinter dem feindlichen Floß entlang fuhr und dabei das Petroleum, dem die falkische Benzin beigemischt war, auf die Wasserfläche ausstrichelte.

Schnell hob man auch das Petroleum in seiner ganzen Ausdehnung auf, weithin die Wasserfläche mit blutrotem Schein überziehend, so daß das Floß sich klar und deutlich von diesem hellen Hintergrund abhob.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Verurlaubung landwirtschaftlicher Arbeiter.

Die landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften, insbesondere die Dreschmaschinen, Motor- und Dampftraktoren bedürfen infolge der verstärkten Zugsprünge im Winter bzw. im vergangenen Herbst dringend der Ausbesserung und Instandsetzung für das kommende Jahr. Da es an Arbeitern für landwirtschaftliche Betriebe außerordentlich mangelhaft ist, wie wir erfahren, Anträgen auf Verurlaubung und Zurückstellung von Arbeitern und Handwerkern (Motor- und Dampftraktorfahrer, Schmiede, Stellmacher, Sattler usw.) nach Prüfung durch die Sachverständigen der Landwirtschaftsämter und der Landwirtschaftlichen Stellen auf ihre Notwendigkeit sowie als möglich festzusetzen und die bei den Erntearbeiten befindlichen Leute vorübergehend der Landwirtschaft auf Erfordern zur Verfügung gestellt werden. In den Anträgen sind die Vernehmungsfähigkeit und das Gebührende des Verurlaubenden anzugeben.

...ung, daß die Zentrumstraktion des ... Abgeordnetenhauses auch in den ... Stadien dieser Verhandlungen die ... und gemeinsamen kulturellen In- ... in einheitlicher und wirksamer Weise ... und sichern wird."

Lokales.

Limburg, 5. März.

— Flaggen heraus!

W. Berlin, 4. März. Seine Majestät der Kaiser und Königin haben anlässlich des Friedens mit Rußland zu flaggen befohlen.

— Das Eisener Kreuz. Dem Kommandant Karl Becker aus Limburg wurde das Eisener Kreuz 2. Klasse verliehen.

— Unter kunstsinnes Publikum wird es freuen, daß wahrscheinlich Herr Professor Prof. Rosen, der uns hier den vortrefflichen, frühenden Vortrag über den Deutschen Schicksalstisch hielt, in einer Reihe von vier Abenden in Limburg über "Moderne Deutsche Kunst im 19. und 20. Jahrhundert" sprechen wird. Vorher- ... der 12., 13., 14. u. 15. März. Die Vorträge ... nur bei einer genügenden Beteiligung ... stattfinden. Die bezügliche Liste wird gleichzeitig in Umlauf gesetzt.

— Limburger Verein für Volksbildung. Zwei Veranstaltungen brachte die vergangene Woche. Herr Dr. Kahn beendete seine Vorlesungen und damit die Reihe der Vorlesungen überhaupt. Am 4. Abend hat er in überaus klarer und geistvoller Weise über die Rolle und die Bedeutung der Volksschule in der Gegenwart und Zukunft gesprochen. Die Vorträge wurden von einem sehr zahlreichen Publikum besucht. Am 5. März sprach Herr Dr. Kahn über die Bedeutung der Volksschule in der Gegenwart und Zukunft. Die Vorträge wurden von einem sehr zahlreichen Publikum besucht.

Die zweite Veranstaltung war ein nach Form und Inhalt gleich musterhafter Vortrag des Herrn Ingenieur Sutter-Kronenfeldt über den Donau-Main-Kanal. Das interessante Verkehrswerk, schon von Karl dem Großen im Angriff genommen, aber erst 1845 nach dem Willen des Kaisers von Maximilian vollendet, hat sich bisher nicht recht wirtschaftlich erwiesen. Wenn das Deutsche Reich nach Beendigung des Weltkrieges an den Ausbau seiner Wasserstraßen gehen wird, aus den Erfahrungen des Kanals eine Lehre ziehen, so wird dieses Projekt das durch Rhein, Main und Donau einen Verkehrswege von der Nordsee zum Schwarzen Meer eröffnet, das erste und wichtigste sein, das im Angriff genommen werden muß.

— Der Kaninchenzuchtverein Limburg 1910 hielt seine letzte Monatsversammlung in der Gastwirtschaft Diefenbach, unter der Leitung des Herrn Ingenieur Sutter-Kronenfeldt. Der 1. Vorsitzende Herr Sutter-Kronenfeldt hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Züchtung und Pflege des Kaninchens. Der Vortrag wurde von einem sehr zahlreichen Publikum besucht. Die Anwesenden dankten durch reichlichen Beifall. Herr Sutter-Kronenfeldt hat sich auf allgemeinen Wunsch der Versammlung bereit erklärt, auf der morgigen Versammlung (S. Anzeigenteil) über die Kaninchenzucht und deren Behandlung zu sprechen.

Provinzielles.

W. Niederzwehren, 4. März. Dem Fahrer Anton Bittel, Sohn des Veteranen Anton Bittel aus Elz, wurde für bewiesene Tapferkeit vor dem Feinde das Eisener Kreuz 2. Klasse verliehen.

W. Dorndorf, 3. März. Der Sekretär Jakob Schütz von hier erhielt für treue Pflichterfüllung vor dem Feinde das Eisener Kreuz 2. Klasse.

W. Wiesbaden, 4. März. Am Mittwoch Nachmittag fand im großen, bis zum letzten Platz gefüllten Saal der Turngesellschaft für die Garmisch-Partenkirchen-Winter-Friedensfeierlichkeiten ein interessantes Konzert statt. Der als glänzender Redner bekannte Vater der deutschen Friedensbewegung, Herr Dr. Hermann Schulz, hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Bedeutung der Friedensbewegung in der Gegenwart und Zukunft. Der Vortrag wurde von einem sehr zahlreichen Publikum besucht. Die Anwesenden dankten durch reichlichen Beifall. Herr Schulz hat sich auf allgemeinen Wunsch der Versammlung bereit erklärt, auf der morgigen Versammlung (S. Anzeigenteil) über die Friedensbewegung und deren Bedeutung zu sprechen.

W. Oberlahnstein, 4. März. Für eine Kriegskasse der Stadt stiftete ein hiesiger Bürger 5000 Mark; die gleiche Summe stifteten die hiesigen Körperschaften zur Verfügung, die auf dem noch aus den Zinsen des Unterfonds für die nächsten fünf Jahre je 3000 Mark betragenden, jedoch der Grundbesitz der Kasse bereits 65 000 Mark enthält. Weitere Mittel erhofft man durch Stiftungen wohlhabender Mitbürger zu erlangen.

W. Ried a. M., 4. März. Der Russe Otto Langhübel von hier geriet 1916 in russische Gefangenschaft. Aus dieser floh er vor zwei Monaten; er wurde aber auf dem Wege in die Heimat noch zweimal verhaftet, trotzdem gelang es ihm immer wieder zu entkommen und Baris zu erreichen. Hier fand er vorerst im Lazarett Aufnahme. Wie der junge Soldat seinen Angehörigen mitteilt, ist es ihm in der Gefangenschaft sehr gut ergangen.

Kirchliches.

W. Limburg, 4. März. Herr Feld-Oberpfarrer des Distriktes Jung, der bekanntlich die Diözese Limburg angehört, wurde der bayerische Militärorden mit Krone und Schwertern verliehen.

der bayerische Militärorden mit Schwertern verliehen.

Kardinal-Erzbischof Gibbons.

W. Rom, 3. März. Ein seltenes Jubelfest, das goldene Bischofsjubiläum, kann am heutigen Tag der Kardinal-Erzbischof von Baltimore feiern. Er ist der letzte Überlebende von den Teilnehmern am Vatikanischen Konzil (1869-1870), bei dem er der an Lebensjahren längste Bischof, damals 35 Jahre alt war. Der Kardinal, eine sehr ausgeprägte Persönlichkeit und in den Vereinigten Staaten Nordamerikas in allen gebildeten Kreisen hoch angesehen, spielt dort auch im öffentlichen Leben eine bedeutende Rolle. Er vollendet demnach das 84. Jahr seines Lebens, ist am 23. Juli 1834 in der ältesten Bischofsstadt Nordamerikas, Baltimore, wo im Jahre 1789 der erste Bischof, Carroll, von Papst Pius IX. ernannt wurde, von irischen Eltern geboren und ging mit diesen in seiner Kindheit für einige Jahre nach Irland. Allein im Jahr 1848 kehrte er mit demselben in die neue Heimat zurück und widmete sich nun dem Priestertum. Im Jahre 1861 zum Priester geweiht, wurde er wegen seiner wissenschaftlichen und praktischen Tätigkeit an den Dom von Baltimore berufen, nach einiger Zeit von dem beauftragten und um die Entlohnung der katholischen Kirche in Nordamerika hochverdienten Erzbischof Spalding als Sekretär angenommen, und nachdem er alsbald ein hervorragendes Verwalteramt bekleidet hatte, zum Kanzler des Erzbistums ernannt. Von dem zweiten unter Erzbischof Spalding im Jahr 1866 in Baltimore abgehaltenen Plenarkonzil wurde er zum assistierenden Kanzler bestimmt und, da dieses Konzil die räumlich allzu ausgedehnte Erzbischöflichkeit Baltimore durch die Gründung des Bistums Wilmington und des Apostolischen Vikariates von Nordcarolina zu verkleinern strebte, für das letztere Gebiet als Apostolischer Vikar in Aussicht genommen. Am 3. März 1868 ernannte Papst Pius IX. den erst im siebenen Priesterjahr stehenden, aber vielversprechenden Kanzler zum Titularbischof von Abramatum. Erzbischof Spalding erteilte ihm am 16. August 1868 im Dom von Baltimore die bischöfliche Weihe und beauftragte ihn dann nach der neuen Stelle seines Wirkens, um ihn als Oberhirten dort feierlich einzuführen. In dem ausgedehnten Gebiet mußte alles erst organisiert werden. Es gelang dem 'aktivistischen' Bischof bei seiner Gemietsamkeit und Klugheit so sehr, daß er nach vierjähriger Tätigkeit (im Juli 1872) zum Bischof von Richmond in derselben Kirchenprovinz Baltimore befördert wurde. Sein väterlicher Gönner, Erzbischof Spalding, war im Februar desselben Jahres gestorben. Dessen Nachfolger, Bannan, vorher Bischof von Newark, erkrankte sehr bald nach seiner Ernennung und erlangte auch durch eine Kur im Bad Homberg, wo er im Jahr 1876 in der Kulturkampfzeit ausgewiesen wurde, nicht wieder die nötige Kraft zur Führung seines schweren Amtes. So wurde ihm in der letzten Kirchenprovinz Baltimore ein Nachfolger als Nachfolger mit dem Recht der Nachfolge beigegeben und folgte ihm, als im Oktober der Tod Bannans eintrat, als Erzbischof von Baltimore und Primas der Vereinigten Staaten. Gibbons hat mithin schon im 41. Jahre den ehrwürdigsten u. angehörenden Bischofsstuhl der Vereinigten Staaten inne. Im Jahr 1884 feierte er das dritte nordamerikanische Plenarkonzil in Baltimore. Sündert Jahrzehnte hatte Nordamerika noch keinen einzigen Bischof. Nun war ihre Zahl schon auf rund hundert gestiegen. Als die regierenden katholischen Nordamerikas nach dem Vorbild der katholischen Deutschlands, im Jahr 1893 die erste allgemeine Versammlung in Chicago hielten, führte er auch auf diesem hochbedeutenden Konvent den Vorsitz. Im Jahr 1896 wurde Erzbischof Gibbons vom Papst Leo XIII. zum Kardinal erhoben, so daß es jetzt nur einen dienstfähigen Kardinal gibt. Seine Titelfürche in Rom (St. Maria in Trastevere, also auf dem rechten Tiberufer) hat er funktionsfähig in pomposer Weise bestellen lassen, so daß sie zu den prächtigsten der ewigen Stadt zählt und ein bevorzugtes Ziel der Rompilger ist.

Kardinal Gibbons ist auch ein fruchtbarer Schriftsteller und verteidigt in volkstümlich wissenschaftlicher Form den katholischen Glauben in einer auch von allen vorurteillosen Protestanten anerkannten, gewinnenden und überzeugenden Weise. Manche seiner Schriften, von denen die eine oder andere über fünfzig Auflagen erlebte, sind auch ins Deutsche überföhrt. Möge dem verdienten Bischofsjubiläum noch eine längere Zeit segensreichen Wirkens beschieden sein!

Gerichtliches.

Landesverrat.

Der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den zweundzwanzigjährigen Gewerkschaftsführer Bernhard Rente aus Dersben wegen verurteilten Landesverrats und öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen beherrschende Anordnungen zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hielt als Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie am 12. August vorigen Jahres in Berlin vor meist jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Munitionsfabrik eine öffentliche Rede, in der er den Streik der Rüstungsarbeiter empfahl. Er handelte dabei, wie das Gericht annahm, in dem Bewußtsein, daß seine Aufforderung, wenn sie Erfolg gehabt haben würde, die Kriegsmacht des Deutschen Reiches geschädigt hätte.

Prozeß Philipp.

W. Wiesbaden, 4. März. In dem Strafprozeß Philipp konnte am 2. März die Verurteilung, abgesehen von einem Zeugen, der nach nachträglich zur Vernehmung gelangt, geschlossen und die sämtlichen Zeugen und Sachverständigen entlassen werden. Alle noch vernommenen Sachverständigen fanden auf dem Standpunkt der Angeklagten. Sie billigten die Reaktionsmethoden und den erzielten Nutzen. Auch der Haupt- sachverständige, auf den sich die Anklage stützt, gibt zu, daß bei Zugrundelegung der Philippischen Verrechnungs- grundsätze der Gewinn sich nicht als Buchergewinn be- zeichnen lasse. Ein Kriegsverbrechensgericht über das Urteil des Reichsgerichtes gegen Philipp. Dieser wurde dort wegen posthume Verurteilung und wegen unzulänglicher Beweisaufnahme ein- mal untergeordnet, gemeinsam mit 18 von 24 Angeklagten Mannschaften. Vier haben gegen ihr Urteil das Rechtsmittel eingelegt. Zuletzt wurde bei der Verhandlung noch folgendes festgestellt: Die Angeklagten, denen ein Zivilprozeß der Militärstrafe drohte, sind diesem aus dem Wege gegangen durch eine Abfindung von 2 000 000 Mark, wovon 1 Million bereits bezahlt ist, während die Zahlung der zweiten unmittelbar bevorsteht. Der Militärstrafe befreit 3 1/2 Millionen. Sie waren gleich bereit, 1 1/2 Millionen zu zahlen. Als das Verlangen nach 3 1/2 Millionen gedrückt wurde, soll einer der Angeklagten entgangen haben, dann verdienen sie ja nur noch 2 Prozent. Die Angeklagten wollen in dieser Abfindung kein Eingeständnis ihrer Schuld, sondern lediglich die Begleichung des Vindikationsgutes wissen, das ihrer Weiterverwertung zu Kriegs- und Seeresultaten im Wege stand.

Vermischtes.

W. Weidheim, 4. März. Der 12 Jahre alte Sohn des Bahnstellers Schmitt war mit anderen Jungen in einem nahe beim Dorf gelegenen Steinbruch gezogen, um dort "Krieg" zu spielen. Man hat zunächst "Schützengraben" aus. Hierbei lösten sich plötzlich große Mengen Erde und Steine los und ver schütteten den Knaben vollständig. Die anderen Jungen machten sich zwar sofort daran, ihren verschütteten Kameraden auszugraben, und dieser wurde auch noch lebend hervor gezogen, doch hat er schon wenige Minuten darauf. Die vorgenommene Untersuchung stellte fest, daß der Knabe durch einen herabfallenden Stein einen Schädelbruch erlitten hatte. Ein anderer Junge trug eine erhebliche Verwundung davon.

Große Schneefälle in der Schweiz.

W. Bern, 4. März. Aus der ganzen Schweiz werden große Schneefälle gemeldet, die vielfach die Bahnen und Telegraphenverbindungen unterbrochen haben. Auf der Rätischen Bahn ist die Schneeschleudermaschine von einer Staulawine zugebeut worden, und die letzten Leitungen sind teilweise weggerissen, ebenso bei der Gotthard-Bahn. Die Schneehöhe beträgt bis zu 2 1/2 Meter. Im Kanton Wallis blieben die Wege steil. Der Bahnhofs-Betrieb ist ohne Verkehr. Schienen, Schalle und selbst Wohnhäuser wurden eingestürzt. Per Schanden ist groß. Auf dem Gotthard ging eine Lokomotive unter und begrub zwei Mann, von denen einer tot ist. Die Lawinengefahr ist durchweg sehr groß.

Nezte Nachrichten.

Der russische Friedensvertrag.

Der russische Friedensvertrag hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits u. Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel 2. Die vertragsschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Seeres- einrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten d. Verbundes besetzten Gebiete.

Artikel 3. Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragsschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehören, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen. Die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte (Anlage 1). Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen. Ten in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Einvernehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Artikel 4. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der im Artikel 3 Absatz 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel 6 anders bestimmt. Rußland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen u. ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicherzustellen. Die Bezirke Erzerum, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in der Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.

Artikel 5. Rußland wird die völlige Demobilisierung seines Seeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Seeres- teile unverzüglich durchzuführen. Ferner wird Rußland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß belassen oder sofort desarmieren. Die Kriegsschiffe der mit den Mächten des Verbundes in Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich nach dem russischen Machtbereich befinden, wie die russischen Kriegsschiffe behandelt werden. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen. In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meere wird sofort mit der Räumung der Minen begonnen. Die Handels- und Seefahrt in diesen Seengebieten ist frei und wird sofort wieder aufgenommen. Zur Festlegung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Befreiung der gefährdeten Kommissionen eingesetzt. Die Schiffahrtswegen sind dauernd von treibenden Minen frei zu halten.

Artikel 6. Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staat und den Mächten des Verbundes anzu- erkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen u. der russischen Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der ukrainischen Volksrepublik ein. Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze Livlands verläuft im allgemeinen durch den Peipussee, den Võro-See bis zu dessen Südostrand, dann über den Ruban-See in Richtung Ivenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landes- einrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung wiederhergestellt ist. Rußland wird alle verhafteten oder vertriebenen Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleistet sichere Rückführung aller vertriebenen Estländer und Livländer. Auch Finnland und die Alandinseln werden alsbald von den russischen Truppen und der russ. Roten Garde, die finnischen Häfen von der russ. Flotte und den russ. Seestreitkräften geräumt. Solange Eis die Überführung der russ. Kriegsschiffe in russische Häfen ausschließt, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückbleiben. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein. Die auf den Alandinseln angelegten Befestigungen sind alsbald als möglich zu entfernen. Ueber die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln, sowie über ihre sonstige Behand-

lung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutsch- land, Rußland, Finnland und Schweden zu treffen. Es besteht Einverständnis darüber, daß hier- zu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anlieger- staaten der Ostsee hinzugezogen werden können.

Artikel 7. Von der Tatkade ausgehend, daß Persien und Afghanistan freie und unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragsschließenden Teile, die politische und wirtschaftliche Unabhän- gigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten.

Artikel 8. Die beiderseitigen Kriegsgefan- genen werden in ihre Heimat entlassen. Die Re- gelung der hiermit zusammenhängenden Fragen er- folgt durch die im Artikel 12 vorgezeichneten Einzel- verträge.

Artikel 9. Die vertragsschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegs- kosten, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, das heißt d. rjenigen Schäden, die ihnen und ihren An- gehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

Artikel 10. Die diplomatischen und konsu- larischen Beziehungen zwischen den vertragsschließenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wieder aufgenommen. Wegen der Auflösung der beiderseitigen Konsulate blei- ben bestehende Vereinbarungen vor- halten.

Artikel 11. Für die wirtschaftlichen Be- ziehungen zwischen den Mächten des Verbundes und Rußland sind die in Anlagen 2 bis 5 enthal- tenen Bestimmungen maßgebend, und zwar An- lage 2 für die deutsch-russischen, Anlage 3 für die österreichisch-ungarisch-russischen, Anlage 4 für die bulgarisch-russischen und Anlage 5 für die türkisch- russischen Beziehungen.

Artikel 12. Die Herstellung der öffentlichen u. privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die An- nexionen, sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handels- schiffe werden in Einzelverträgen mit Rußland ge- regelt, welche einen wesentlichen Bestandteil des ge- meinsamen Friedensvertrages bilden und soweit tunlich gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

Artikel 13 trifft Bestimmungen über die Text- sprache und den Austausch des Textes.

Artikel 14. Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsur- kunden sollen nicht bald in Berlin ausgetauscht werden. Die russische Regierung verpflichtet sich den Austausch der Ratifikationsurkunden an Wunsch einer der Mächte des Verbundes inner- zw. zwei Wochen vorzunehmen. Der Friedens- vertrag tritt, soweit nicht seine Artikel, Anlagen od. Anhangsverträge anders bestimmen, mit seiner Ratifikation in Kraft.

Anmerkung des R. V. Handelspolitische Fra- gen, auf die sich Artikel 11 bezieht, sind nach den Forderungen des deutschen Willens und analog dem ukrainischen Vertrage geordnet. Was die rechts- politischen Vereinbarungen angeht, entsprechen f. im wesentlichen den Vorschlägen, die auf Grund d. Ultimatus von deutscher Seite in der ersten Si- ung unterbreitet worden sind. f.

Wiedenburg-Streit.

Um umlaufenden falschen Gerüchten entgegenzu- treten, stellt das Ministerium von Wiedenburg Streitlich amtlich fest, daß der Großherzog Adolf Friedrich in besagten-wertiger Gemütsver- rung durch eigene Hand gestorben ist. Der Groß- herzog hatte vorgelobt, sich mit der Prinzessin einer deutschen Fürstin in Wölbe zu verloben. Es waren vorher jedoch Hindernisse zu beseitigen, die aus einer früher beabsichtigten nicht eben- würdigen Verbindung resultierten. Die Schwierigkeiten nun, die sich aus der Lösung dieser Verbindlichkeit ergaben, verdrängten schließlich das Gemüt des feinfühligsten Fürsten derart, daß er in unheilvoller Verzweiflung und in einem Zustand geistiger Verwirrung gestorben ist.

Französl. Fliegerangriff auf Colmar i. Elz.

Amlich wird gemeldet, daß in der Nacht zum 27. Februar französische Flieger 2 Bomben auf die offene Stadt Colmar abgeworfen haben. Es wurden dadurch getötet 3 Zivilpersonen, ein Ehepaar u. eine 70jährige Frau. Mehrere Häuser wurden zer- stört.

Zurückziehung der russischen Truppen aus Finnland und aus der Ukraine.

W. Basel, 4. März. Die "Times" melden aus Ber- linsburg vom Samstag: Die regulären russischen Truppen in Finnland und in der Ukraine werden durch einen Befehl Arglos innerhalb der nächsten acht Tage zurückgezogen. Aus Selsingfors ist bereits der Stab des russischen Seereskommandos für Finnland abgereist.

Auszeichnung des Prinzen Leopold von Bayern.

Der Kaiser hat nach Abschluß der Operationen im Osten dem Oberbefehlshaber Ost, Generalfeld- marschall Prinz Leopold von Bayern das Groß- kreuz des Eisernen Kreuzes verliehen.

Diese Auszeichnung besaßen bisher nur Hinden- burg und Radetzki.

Erbschaft russische U-Boote.

In Reda sind acht alte U-Boote, drei brauch- bare Dampfer von 1200 bis 2000 Tonnen, zwei kleine Eisbrecher, mehrere leichte Fahrzeuge und Schlepper, drei Boaschine mit Kriegsschiffsmunition und vielem Regmaterial zur Sicherung gegen U-Boote in unferne Häfen gefahren. Die russischen Schiffe, von denen sich drei bis vier kleinere Kreuzer, Torpedobootsäger u. s. w., sowie ein größ- terer Kreuzer im Hafen von Reda befanden, waren bereits auf dem Wege nach Selsingfors. Sie sind vermutlich inzwischen im Eis festgefahren.

Bruch zwischen Lenin und Trotski.

Kopenhagen, 4. März. "Daily News" melden auf Grund von Nachrichten aus bolschewistischen Kreisen, daß die Ereignisse in den letzten Tagen den entscheidenden Bruch zwischen Lenin und Trotski her- beigeführt haben. Lenin hat augenscheinlich die Oberhand gewonnen, während Trotski im Begriff ist, seinen Einfluß auf seine Partei zu verlieren.

Zur Befreiung Dorpat.

W. Freiburg (Breisgau), 4. März. Der Pro- fessor der Universität hat folgendes Glückwün- schtelegramm an Generalfeldmarschall v. Eichhorn geschickt: Die südwestliche Universität Deutschlands beglückwünscht Ew. Excellenz zur Befreiung der öst- lichen Universität Dorpat und hofft, daß diese Hochschule nun wieder eine Stätte deutscher Wissen- schaft wird und bleibt.

Verantwortl. für die Anzeigen: J. D. Ober, Limburg.

